

Herbsttagung des Fachverbandes der Kämmerer in NRW am 14.11.2012
in der Kathrin-Türks-Stadthalle in Dinslaken

Mehr als 220 Mitglieder und Gäste des Fachverbandes der Kämmerer in NRW konnte Vorsitzender Manfred Abrahams, Stadtdirektor und Kämmerer der Landeshauptstadt Düsseldorf, zur Herbsttagung in der Kathrin-Türks-Stadthalle zu Dinslaken begrüßen. Interessante Themen wie „Perspektiven der Kommunalfinanzen nach der Landtagswahl“ und „Abwicklung der WestLB und Auswirkungen auf die kommunale Familie“ standen auf der Tagesordnung.

Dinslakens Bürgermeister Dr. Michael Heidinger ließ es sich nicht nehmen, die Gäste zu begrüßen und auf die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Stadt Dinslaken einzugehen. Anschließend stellten die Vertreter der NRW-Landtagsfraktionen ihre Positionen zu den Perspektiven der nordrhein-westfälischen Kommunalfinanzen für die kommenden fünf Jahre dar.

Peter Biesenbach MdL, CDU, stellv. CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag NRW, ist der Ansicht, dass das derzeit in der Beratung befindliche GFG 2012 trotz ursprünglicher Hoffnung kaum etwas an der schwierigen Haushaltssituation der NRW-Kommunen ändern werde, auch wenn es konjunkturbedingt das größte Volumen hat. Der Demographie- und Flächenansatz für die Flächen- und kreisangehörigen Kommunen wird kaum eine Entlastung bringen, dagegen aber eine Umverteilungswirkung von 100 Mio. € zu Lasten des kreisangehörigen Raumes. Leider sei von der Landesregierung keine Hilfe zu erwarten, die für die Zukunft eine Perspektive bieten, so Herr Biesenbach. Der ungeliebte Stärkungspakt werde kein wirksames Mittel sein, denn u.a. werden die Kommunen nach den gegenwärtigen Überlegungen über den Kommunalsoli den überwiegenden Teil der 2. Stufe zu finanzieren haben. Nach den zukünftigen GFG-Überlegungen wird es keine Strukturveränderung geben und trotz Rekordhöhe des Volumens werden bei Umsetzung des Eckpunktepapiers im Ergebnis 210 Kommunen weniger an Zuweisung erhalten als vorher. Gewinner werden erneut die kreisfreien Städte sein, Verlierer der kreisfreie Raum. Wenn es seitens der Landesregierung zu keiner Änderung der GFG-Systematik komme, werde in ca. 3-4 Jahren der Soziallastenansatz zum eigentlichen Hauptansatz des GFG, prognostizierte Herr Biesenbach. Von Verfassungsjuristen sei zu hören, dass spätestens dann benachteiligte Kommunen mit Erfolg dagegen klagen können, weil dann die horizontale Verteilung rechtlich angreifbar wird, so die abschließende Prognose.

Mario Krüger MdL, Kommunalpolitischer Sprecher von Bündnis90/Die Grünen im Landtag, begann sein Statement mit der Klage über die schwierige finanzielle Situation der kommunalen Familie und die negativen Auswirkungen auf das Leistungsangebot in den Städten und Gemeinden und beschrieb die seit 2010 eingeleiteten Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung. Dazu gehören in 2010 die erstmalige Herausnahme von Befrachtungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz und die Einbringung eines großen Einnahmeanteils aus der Grunderwerbssteuer in die Verteilungsmasse. Damit konnten rd. 300 Mio. € aus beiden Bereichen zusätzlich den Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt werden, so Herr Krüger. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen ab den Haushaltsjahren 2011 bzw. 2012 weitere 350 Mio. € eingestellt. Die Verteilungsmasse in 2012 beträgt insgesamt mit 8,77 Mrd. € immerhin 500 Mio. € mehr als in 2011, eine der größten Summen überhaupt, was sicherlich auch auf die Mehreinnahmen u.a. bei der Einkommen- und Mehrwertsteuer zurückzuführen ist. In 2013 wird das GFG nochmals 300 Mio. € höher zu veranschlagen sein als in 2012. Auf der anderen Seite werden mit Blick auf die Schuldenbremse und der Senkung der Neuverschuldung des Landes bis 2020 auf 0 € auch strukturelle Einsparungen von rd. 1 Mrd. € in dieser Legislaturperiode notwendig sein, was auch die Kommunen z.B. beim Förderprogramm Stadterneuerung oder bei Krankenhausinvestitionen spüren werden. Herr Krüger betont, dass es allein aus der Finanzkraft des Landes nicht leistbar ist, den finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen Rechnung zu tragen, daher sei auch der Bund gefordert, der mit der sukzessiven Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter einen ersten Schritt gemacht hat.

In Vertretung des kommunalpolitischen Sprechers der FDP-Landtagsfraktion Kai Abruszat übermittelte Dr. Tobias Brocke, Referent für Kommunalpolitik, die Perspektiven für die NRW-Kommunalfinanzen aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion. Er betonte, dass von den Regierungsfractionen und der FDP in konstruktiver Zusammenarbeit einige wichtige Maßnahmen bereits in der vergangenen Legislaturperiode angestoßen wurden. Beispiele hierfür sind das Stärkungspaktgesetz, das Umlagengenehmigungsgesetz oder die von der FDP initiierte Novellierung der NKF-Gesetzgebung. Obwohl es kein Parlament und keine Regierung jemals schaffen kann, sämtliche Adressaten dieser

und anderer komplexer Regelungen gleichermaßen zufriedenzustellen, wurden hierdurch wichtige Pfeiler eingeschlagen, auf die gebaut werden kann. Die neue Legislaturperiode wird zeigen, ob interfraktionelle Einzelprojekte wie das Stärkungspaktgesetz auch ohne den Katalysator Minderheitsregierung möglich sind. Mit Blick auf die Zukunft der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen wird es in erster Linie darum gehen, die kommunale Handlungsfähigkeit wiederherzustellen, indem die notwendigen Voraussetzungen für Haushaltsausgleich und Schuldenabbau geschaffen werden. Diese Maßgabe in ein praktisches Handlungskonzept umzusetzen, sei jedoch keine einfache Angelegenheit, so Dr. Brocke.

Robert Stein MdL, Kommunalpolitischer Sprecher der Piraten im NRW-Landtag, beklagte ebenfalls die Finanznot der Kommunen, deshalb sei seitens der Piraten im Landtag bereits gefordert worden, die Verbundquote in einem ersten Schritt um 1% zu erhöhen, was u.a. angesichts der konjunkturellen Lage durchaus angemessen wäre. Es stehe völlig außer Frage, dass die Kommunen dringend Geld brauchen, denn das strukturelle Defizit ist so groß, dass auch der Stärkungspakt die Probleme nicht lösen wird. Als schlecht wird die Tatsache angesehen, dass dann beispielsweise über die Anhebung der Grundsteuer B jeder Bürger über die Erhöhung der Mietpreise etc. zur Konsolidierung beitragen muss. Da seien andere Wege vorstellbar, die allerdings nicht allein im Land gelöst werden können, so Herr Stein. Es müsse hier ein ganzheitlicher Betrachtungsansatz gewählt werden. Auch der Bund muss im Rahmen der Konnexität ins Boot geholt werden. Hilfreich wäre ein gemeinsamer Entschließungsantrag aller Parteien im Landtag als einheitliches Signal Richtung Bund. In diesem Zusammenhang ist auch über eine Erhöhung der Vermögenssteuer oder evtl. über eine moderate Erhöhung der Körperschaftssteuer zu reden.

Zwei positive Botschaften verkündete Michael R. Hübner MdL, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, zu Beginn seine Rede. Einmal wurde im Zusammenhang mit den Fiskalpaktgesprächen die Grundsicherung im Alter nochmals neu diskutiert mit dem Ergebnis, dass seitens des Bundes eine erste Soziallast ab 2014 übernommen wird. Dabei konnte bei der Klärung des Verfahrens der rückwärtigen Beteiligung des Bundes an den Kosten ein positives Ergebnis für die Kommunen erzielt werden. Außerdem weist Herr Hübner darauf hin, dass ein gemeinsamer Beschluss im NRW-Landtag mit dem Ziel gefasst wurde, dass weitere Soziallasten vom Bund übernommen werden, insbesondere die teilweise Übernahme der Eingliederungshilfe, wie auch im Koalitionsvertrag festgelegt. Es wird bundesseitig zwar eine größere Summe erwartet, leider sei vom Bund bisher nur festgestellt worden, dass das Thema ab 2014 aufgegriffen werden soll. Unbestritten ist, dass NRW eine deutliche Entlastung wegen der Dynamik bei der Eingliederungshilfe und den dramatischen Auswirkungen dringend benötigt. Die 2. positive Botschaft sei, dass im GFG 2013 zusammen mit dem Stärkungspakt erstmals die Summe von 9 Mrd. € an Landeszuweisungen zugunsten der Kommunen erreicht werde, die „historisch größte Summe bisher in der historisch dramatischsten Situation, die NRW bisher erlebt hat“, so Herr Hübner.

Die anschließende Podiums- und Plenumsdiskussion zum Thema „Perspektiven der Kommunalfinanzen in NRW“ moderierte Prof. Dr. h.c. Ernst-Andreas Ziegler, Professor für politische Kommunikation und Marketing und Vorsitzender der Geschäftsführung der Wuppertaler Junior-Universität für das Bergische Land. Neben den Vertretern der NRW-Landtagsfraktionen nahmen an der Diskussion der Vorsitzende Manfred Abrahams, der 2. Stellv. Vorsitzender Dr. Stefan Funke sowie Ministerialdirigent Johannes Winkel vom Ministerium für Inneres und Kommunales NRW teil. Prof. Ziegler begann seine Moderation mit der Erwartung an die politischen Vertreter, sich persönlich und in ihren Fraktionen uneingeschränkt für die Städte und Gemeinden einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die kommunale Stimme in den Gesetzgebungsverfahren wirklich ernst genommen wird. Mit der Bitte an die Podiumsgäste um eine ehrliche Antwort auf die Frage, ob es eine Chance für die Kommunen auf konkrete Hilfe des Landes und des Bundes und damit für die kommunale Selbstverwaltung gebe, entwickelte sich eine interessante Diskussion.

Nach der Mittagspause und dem Besuch der begleitenden Fachausstellung, in der sich insgesamt 16 Firmen präsentieren konnten, übernahm der Dr. Stefan Funke, Kämmerer des Kreises Warendorf, die Weitere Sitzungsleitung. Er erinnerte in seinen Einführungsworten zum Thema „Abwicklung der WestLB und Auswirkungen auf die kommunale Familie“ an den langen Prozess der Überführung und Aufspaltung der WestLB.

Dietrich Voigtländer, ab 01. Juli 2008 Vorstandsvorsitzender der frühen WestLB und inzwischen Vorsitzender des Vorstandes der Portigon AG, begann sein Referat mit dem Bekenntnis, dass die Betreuung der kommunalen Kunden in NRW schon zu Zeiten der ehemaligen WestLB gute und langjährige Tradition gewesen sei. Er bezeichnete es als wichtigen und gelungenen Teil der

Restrukturierung, dass diese Betreuung nun in die guten Hände der Hessischen Landesbank (Helaba) übergeben wurde.

Herr Voigtländer schilderte im Rahmen der Chronologie des Transformationsprozesses den Beschluss der Eigentümer der WestLB von Anfang 2008 über eine umfangreiche Risikoabschirmung, die im Mai 2009 von der EU-Kommission gebilligt wurde. Damit erhielt die WestLB die notwendige Planungs- und Rechtssicherheit, um die Restrukturierung der Bank weiter voran zu treiben. Herr Voigtländer ging detailliert ein auf das weitere EU-Beihilfeverfahren und den folgenden Überführungsprozess und erläuterte die neuen Aufgaben und das umfangreiche und flexible Leistungsangebot der Portigon AG.